

Leserbrief zum bz-Artikel „Osttangente: Regierung gegen mehr Lärmschutz“, 18. 2. 2019, Basel-Stadt, Seite 18

Regierung ignoriert den Grossen Rat und die Bevölkerung hartnäckig

Das ist ein Affront sondergleichen: Trotz unzähliger Vorstösse im Grossen Rat und aus der Bevölkerung (z.B. Petitionen 2011 und 2016) für einen wirkungsvollen Lärmschutz an der Osttangente wird die Regierung nicht müde, die meisten diesbezüglichen Begehren abzuschmettern. So antwortet sie auf eine erneute Interpellation des CVP-Grossrats Oswald Inglin, „zusätzliche Lärmschutzwände und Erhöhungen bestehender Wände“ könnten „nur an wenigen Standorten empfohlen werden“. Sicher nicht im Kleinbasel. Bekanntlich sah dies das kantonale Amt für Umwelt und Energie (AUE) im Jahre 2005 ganz anders, als es unter anderem eine Erhöhung der Lärmschutzwände an der Osttangente auf 6 bis 7 Meter zwischen dem Badischen Bahnhof und dem Rheinübergang forderte. Umgesetzt ist davon nichts. Es ist zum Verzweifeln: Wer, wenn nicht die Regierung, ist dafür verantwortlich, dass die betroffene Anwohnerschaft vor übermässigem Lärm geschützt wird? Die Notwendigkeit verbesserter Lärmschutzmassnahmen ist doch vor allem auch vor dem Hintergrund evident, dass die oberirdische Osttangente auch nach Inbetriebnahme des Rheintunnels bestehen bleiben soll. Aber eben: Wo kein Wille ist, ist auch kein Weg.

Bruno Keller-Sprecher
Präsident Verein „Ausbau Osttangente – so nicht!“